

ganges im Reichstagspalais, um Herrn v. Capriotti seine Glückwünsche darzubringen und längere Zeit bei ihm zu verweilen. Im übrigen hat der Reichstagspräsident, der kein Freund größerer Festlichkeiten ist, seinen Geburtstag im engsten Familienkreise begangen.

* Zur Erklärung des neuen Einkommensteuergesetzes, welches augenblicklich den Landtag beschäftigt, dürfte das nachstehende Formulare dienlich sein, welches der Finanzminister der Commission vorgelegt hat. Die Ausfüllung eines solchen Formulars soll bekanntlich nach dem Gesetz verlangt werden von allen Personen, welche ein Einkommen von über 3000 Mark haben. Auch von den Personen, die bisher mit einem geringeren Einkommen veranlagt worden sind, kann die Einkommenscommission eine solche Steuererklärung verlangen. Das Formular selbst ist nicht durch das Gesetz fixiert worden. Auch erklärte der Minister, daß er sich durch Mitteilung des Formulars nicht in Bezug auf die künftige Abfassung desselben binden wolle. Er habe durch diese Mitteilung nur die Absichten der Regierung klarstellen wollen. Die Steuererklärung ist danach unter Benutzung des nachfolgenden Circulars abzugeben:

Mein steuerpflichtiges Einkommen, einschließlich des mit anzurechnenden Einkommens meiner Haus- haltungsangehörigen beträgt:

- | | | | |
|--|---|---|---|
| 1. aus Capitalvermögen: Zinsen, Renten, Dividenden, Gewinnanteile, Ausbeuten, geldwerthe Vortheile aus Capitalforderungen jeder Art | — | — | — |
| 2. aus Grundvermögen: Betrieb der Land- und Forstwirtschaft auf eigenen oder fremden Grundstücken, Verpachtung, Vermietung, andere Nutzung von Liegenschaften und Gebäuden, einschließlich des Mietherwerths der Wohnung im eigenen Hause und des Werthes der im Haushalt verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse | — | — | — |
| 3. aus Handel, Gewerbe, Bergbau einschließlich des Werthes, der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse und Waren des eigenen Betriebes | — | — | — |
| 4. aus geistlicher oder sonstiger Beschäftigung: Gehalt, Besoldung, Remuneration, Arbeitslohn, einschließlich des Werthes der Naturalien, Vorkosten aus schriftlicher Tätigkeit, ärztlicher oder Anwaltspraxis, Bartgehalt, Pension, Wittwen-, Bailengeld und sonstige fortlaufende Einnahmen, welche nicht unter Nr. 1 bis 3 begriffen sind | — | — | — |
| zusammen | | | |

Siehe von sind abzugeben:

- | | | | |
|--|---|---|---|
| a) Schulden in Renten, mit Ausnahme der Zinsen von Geschäftsschulden, welche bei Berechnung des Einkommens zu 3 berücksichtigt sind | — | — | — |
| b) Auf besonderen Rechten (z. B. Verträgen) beruhende dauernde Lasten | — | — | — |
| c) Staats-, Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer | — | — | — |
| d) Beiträge zu Steuern, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungsbeiträgen, Waisen-, Pensionen, Witwen-, Bailengeld und sonstige fortlaufende Einnahmen, welche nicht unter Nr. 1 bis 3 begriffen sind | — | — | — |
| zusammen | | | |

Wittgen beträgt das Gesamt Einkommen unter Nr. mit Mark.

In vorstehenden Angaben ist unter Nr. mit Mark. das Einkommen eingetragenen, welches aus dem außerhalb des oben bezeichneten Wohnortes gelegenen Grundbesitz, Gewerbebetrieb bezogen wird, nämlich aus:

Ich bestätige hiermit, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

* Die Droschkentaxen haben sich bisher wenig um die Politik bekümmert; jetzt wollen die Socialdemokraten die Berliner Kassen für ihre Sache zu gewinnen versuchen. Eine Versammlung ist für Donnerstag Abend 9 Uhr nach dem Böhmischen Brauhaus einberufen worden. Der bekannte Socialdemokrat Abg. Heine will den Droschkentaxen aufeinanderstoßen, daß sie eine Besserung ihrer sozialen Lage nur herbeiführen können, wenn sie sich der Socialdemokratie anschließen. Dann jäh! * Den Berl. Polit. Nachr. zufolge wollen die Droschkentaxen auf englische Kopien von der Staatsbahnverwaltung und mehreren industriellen Betrieben im Hinblick auf den drohenden Bergarbeiterausstand erfolgt.

* Spandau, 24. Febr. Die königliche Ge-

ihre Liebe geschenkt, nur wenige Stunden vor Jhns Antank; von einem jahrelangen Glückseligkeit, aus dem er plötzlich zur furchtbaren Wirklichkeit erwacht. — Jula! Er konnte es ihr nie genug danken; sie hatte ihm die Hand von den Augen gerissen, ihm gezeigt, daß er ein blinder Thor gewesen, der seinem Weibe arglos vertraut! Jedes Wort, jede Verleumdung, die ihn betrogen, warf er ihr vor; o jetzt war ihm ja so Biele klar, er verabschiedete die ganze Komödie und wollte keine Fortsetzung derselben dulden. Wenn auch ihre gemeinsame Religion eine Scheidung verbot, so waren sie dennoch nicht so gebunden, wie Jula es meinte. Sie konnten von einander leben, bis sein Tod sie Weide erlöste. Dies sei sein fester Entschluß.

„Und weißt Du denn, ob ich das auch will?“ „Sag sie plötzlich auf. „Versuche es, lebend verlass ich Dich nicht! Dein Haus ist auch mein Haus; wo Du bist, will auch ich sein! Selbst wenn Du mich verstoßen solltest, wie einst Deine Ainen die arme Almut vertrieben an der Stätte, wo es mein heiliges Recht ist zu sein! Und mein Recht ist es auch, nun selbst zu sprechen, mich zu verteidigen, wo ich es kann, und Du mußt mich hören, ich verlange es!“

„Er horchte erstaunt auf, was dies sein Weib?“ „Warum klammerst Du Dich so an mich?“ fragte er barock. „Sei zufrieden mit meiner Entscheidung. Du liebst mich ja doch nicht, wie könnte ich Dir je wieder Vertrauen schenken! Der Feind — sind Jula's Worte wahr gewesen, liebt Du meinen Sohn?“ (Fortf. folgt.)

wehfabrik entließ heute 500 Arbeiter und kündigt weitere 800 Arbeitern.

Holland.

Amsterdam, 22. Febr. Die politische Lage scheint für die Regierung eine ziemlich delicate Gestaltung annehmen zu wollen, wie sich aus den höchst interessanten Erklärungen entnehmen läßt, welche während der Budgetberatung in der ersten Kammer der Generalstaaten abgegeben wurden. Ebenso wie in der zweiten Kammer hatte bei dieser Beratung die allgemeine Politik eine hervorragende Rolle gespielt, was übrigens durch die ganz nahe bevorstehenden großen Wahlen vom Monat Juni hinreichend erklärt wird. Im Namen sämtlicher 9 katholischer Senatoren gab der Senator de Bruyn die Erklärung ab, daß das gegenwärtige Cabinet durch die Vorlage des Militärgesetzes, welches das Stellvertretungssystem abschaffen will, das Vertrauen der Katholiken verloren habe. Die Katholiken würden, um nicht den regelmäßigen Gang der Geschäfte zu stören, für das Budget stimmen, aber sobald das Militärgesetz der ersten Kammer vorgelegt werde, würden die Katholiken ebenso erbitterte Gegner der Regierung, als sie bisher warme Freunde derselben gewesen seien. Auch die von den Liberalen abgegebenen Erklärungen riefen einen eigenartigen Eindruck hervor. Der ehemalige liberale Colonie-minister Franken van de Putte sprach das Todesurtheil aus über das Cabinet in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung; erklärte aber gleichzeitig, daß es nach seinem Dafürhalten gar nicht gut wäre, wenn die Liberalen bei den bevorstehenden Wahlen siegen und aus Ruder gelangen würden; da die im liberalen Lager herrschende Uneinigkeit in kurzer Zeit den Sturz dieser Regierung herbeiführen würde. Aufstehend wünscht van de Putte ein gewisses Ministerium nach Art des letzten Ministeriums Heemskerk. Der liberale Abgeordnete von Groningen, van Noyen, gab eine noch eigenhümlichere Erklärung ab. Seine Rede war eine Apologie der gegenwärtigen Regierung, und seine Schlussfolgerung lautete, daß nach dem Zustandekommen des neuen Schulgesetzes die gegenwärtige Zusammenstellung der Parteien ihre Daseinsberechtigung verloren habe und daß man zu einer anderen Organisation gelangen müsse: auf der einen Seite die Conservativen und auf der andern Seite die Progressiven; die heutigen Gemäßigten-Liberalen müßten vollständig verschwinden. Die Definition van Noyens dieser beiden Parteien lautet: eine conservative Partei, welche langsam zur Reform der gegenwärtigen Zustände schreitet, und eine vorgeschrittene Partei, welche dieses Ziel schneller und sicherer erreichen will. Auf solche Weise stünden also auf der einen Seite alle Katholiken, Conservativen und Gemäßigten-Liberalen, auf der andern Seite die Vorgehenden oder Progressiven. Unter diesen Bedingungen werden voraussichtlich die nächsten Wahlen den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht sehr beeinflussen können, vorausgesetzt, daß die dem Militärgesetz feindlich gegenüberstehenden Katholiken nicht ihre bisherigen Verbündeten verlassen, um sich, wie zur Zeit Thorbeckes, mit den Liberalen zu verbünden. Aber auch in diesem Falle wäre das Uebergewicht nicht bei den Progressiven, sondern bei den Gemäßigten, und das wäre ebenfalls kein Unglück für das Land.

Belgien.

* Brüssel, 24. Febr. Die Delegierten der belgischen Arbeiter, welche sich zu dem am 31. März stattfindenden internationalen Congress nach Paris begeben, haben den Auftrag erhalten, die Unterstützung der auswärtigen Grubenarbeiter nachzusuchen, falls in Belgien ein allgemeiner Streik zum Ausbruch kommen sollte. Die Arbeiter sollen keine Unterstützungen fordern, oder verlangen, daß die auswärtigen Grubenarbeiter durch die Drohung, selbst den Streik zu beginnen, die Einfuhr von Kohlen aus dem Auslande nach Belgien verhindern.

Frankreich.

* Paris, 24. Febr. Das Journal La France Nouvelle veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Cardinal Lavignerie, in welchem der Papst anerkennt, daß der Eifer Lavigneries und die ihm h. Stühle erwiesenen guten Dienste desselben der Gegenwart und den Erwartungen des Papstes entsprechen. — Der „Gaulois“ erzählt von dem Bischof Freppel nachstehende Seite, das Resultat der Reise des Bischofs Freppel nach Rom sei, daß sich die Katholiken Frankreichs in derselben Lage befinden, wie vor einem halben Jahre, und daß der Papst ihnen keinerlei Anstoß anrathet, noch anrathen werde.

Italien.

A. Rom, 23. Febr. Das vielfach angeforderte Consistorium ist auf die Osterzeit verlegt. — Mehrere Croaten haben eine Bittschrift an den Papst geschickt. Sie bitten den hl. Vater, er möge Bischof Strohmayer zum Cardinal ernennen. — In den letzten Tagen wurde in französischen wie auch in deutschen Zeitungen Unwahrheiten über die Reise des Hochw. Herrn Freppel, Bischof von Angers, veröffentlicht. Nur eines ist wahr; der Papst hat den Bischof aufs herzlichste empfangen und in beiden Audienzen erklärt, der hl. Stuhl müßte sich keineswegs in politische Sachen und läßt also den Katholiken in Frankreich freie Wahl zwischen Monarchie, Republik oder sonst einer anderen Regierungsform. Der hl. Stuhl begehrt nur, daß diese Katholiken, welcher politischen Partei sie angehören mögen, in religiösen Sachen einig seien und für Glauben und Sitten recht kämpfen.

Portugal.

* Lissabon, 24. Febr. Der Staatsrath ist heute zusammengetreten, um über die Einberufung der Cortes am 4. März d. J. zu beraten.

England.

* London, 24. Febr. Der Ministerrath hat die Einsetzung einer königlichen Commission zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern beschlossen.

Amerika.

* New-York, 24. Febr. Wie aus Bineridge gemeldet wird, sind die Delegierten der Sioux-Indianer aus Washington sehr unbefriedigt zurückgekehrt. Sie beabsichtigen, ihre Beschwerden der höchsten Regierungsinstitution vorzutragen, mußten sich aber mit einer kurzen Audienz bei einem Beamten begnügen, da der Präsident eine Unterredung mit ihnen ablehnte.

Afrika.

* Aus Massauah wird der Agencia Stefani gemeldet: Eine Bande von 600 Mann unternahm einen Raubzug über die Grenze, wurde aber von dem Capitän Binetti mit eingeborenen Truppen zurückgeschlagen. Der feindliche Verlust wird auf 200 Tödt, darunter 3 Anführer, sowie viele verwundete und Gefangene angegeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Februar.

In der Krankencassen-Commission fand heute Vormittag die Fortsetzung der Beratung statt. Zu dem § 58 ist von der Subcommission ein Antrag gestellt, welcher beabsichtigt, die Entscheidung von Streitigkeiten Versicherungspflichtiger mit ihren Arbeitgebern oder mit den Zwangscassen wie im jetzigen Gesetz entgegen der Vorlage auf den ordentlichen Rechtsweg zu verweisen, sofern nicht nach bestehenden Landesgesetzen diese Streitigkeiten dem Verwaltungsgerichtsverfahren unterliegen. Abg. v. Bismarck wird dieser Antrag bekämpft, während die Abgeordneten Spahn, GutsMuth, v. Wendt denselben in längerer Erörterung lebhaft befürworten, worauf die Annahme desselben erfolgt. § 53, der zurückgestellt war, wird nach kurzer Erörterung nach der Regierungsvorlage angenommen. In § 64 Ziffer 1a werden die Worte: „Der Vorstand und die Vertreter der Generalversammlung werden in geheimer Wahl gewählt“ gestrichen. Nach den Beschlüssen der ersten Sitzung werden die §§ 60, 65, 67, 67a, 97b, 68 bis 74 einschließlich unverändert angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 25. Februar.

Das Abgeordnetenhaus berath heute das Einkommensteuergesetz weiter bei den §§ 77, 78, 79 betreffend das politische und Gemeinde-Wahlrecht. Nach dem (Mülheim) erklärt sich für die Commission-Beschlüsse, wonach das Gemeinde-Wahlrecht in der Rheinprovinz an einen Mindest-Steuerbetrag von 6 M. geknüpft wird, während in Westfalen und den übrigen Provinzen der Steuerbetrag von 4 M. eingeführt wird. Redner hätte die Gleichstellung der Rheinprovinz mit den anderen Provinzen gewünscht und vermag die Bedenken des Oberpräsidenten der Rheinprovinz und der Kölner Stadtvertretung nicht zu theilen, daß dadurch die dritte Abtheilung in den größeren rheinischen Städten an die Socialdemokratie ausgeliefert werde. Letztere habe nur Bedeutung in überflüssigen Dörfern und anderen bergischen Städten. Immerhin entfernten die Commission-Beschlüsse die ärgsten Auswüchse des Gesetzes.

Abg. v. Jellbig bekämpft den Antrag Nider, das allgemeine gleiche Wahlrecht bei den Landtagswahlen einzuführen. Abg. Wermeling (Centr.) äußert Bedenken gegen den Commissionsantrag und hält überhaupt den Fortbestand des Dreiklassenwahlsystems für unhaltbar. Minister Gervinus erhebt keinen Widerspruch gegen den Commissionsantrag. Abg. Huene fordert die Regierung auf, mit der fortschreitenden Steuer-Reform auch eine Reform des Wahlrechts zu bewirken. Abgeordn. Franke führt an, daß in einem Berliner Bezirk zwei Minister in der dritten Klasse wählen.

* Aus den parlamentarischen Commissionen.

Budget-Commission.

In der gestrigen Sitzung der Budget-Commission des Reichstages erklärte der Staatssecretair des Reichsmarine-Amtes, Hollmann, Deutschland, welches im nächsten Kriege sicher in den Seekampf hineingezogen werde, müsse eine Flotte ersten Ranges haben; deren Kosten seien nicht unerschwinglich. Die Erklärung erregt in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen. (Von anderer Seite wird gemeldet, Hollmann habe eine Offensiv-Flotte ersten Ranges verlangt, um den größeren Seemächten auf hoher See die Spitze bieten zu können. Derselbe würde 130 Millionen Mark kosten. Die Reichsmacht das peinlichste Aufsehen.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, den 26. Februar.

□ Für Briesmarken-Sammeln dürfte die Nachricht willkommen sein, daß der Congo-Kaai eine neue Ausgabe von Freimarken zu je 50 Centimes in rother und zu einem Franken in gelber Farbe beschließen hat.

(?) Postalisches. Vom 1. März ab findet der für den inneren deutschen Verkehr eingeführte ermäßigte Portofach von 5 Pfennig für Drucksendungen im Gewicht von über 50 bis 100 Gramm einschließlich auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn Anwendung.

□ Die Vermessungsbeamten der General-Commissionen sind, wenn sie in ihrer Eigenschaft

als Landmesser außerhalb ihres Wohnorts in den vor die Gerichte gehörigen Rechtsachen als Sachverständige zugezogen werden, nach einer im Einvernehmen mit dem Justizminister getroffenen Verfügung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hinsichtlich ihrer Gebührenbezüge den anderen Landmessern gleichzustellen. Die Vermessungsbeamten der General-commissionen haben daher nach Aufhebung der Gebührensätze des Land- und Feld-messers-Reglements vom 2. März 1871 durch die Abänderung desselben vom 26. August 1885 Mangels anderweitiger, auf Grund des § 36 a. a. O. getroffener Vereinbarung, für jeden Kalendertag, welchen sie als geometrische Sachverständige in gerichtlichen Angelegenheiten außerhalb ihres Wohnorts in nicht weniger als zwei Kilometer Entfernung ganz oder theilweise zubringen müssen, neben den Diäten von 8 Mark eine Feldzulage von 4,50 bzw. 6 Mark gemäß der Bestimmung im ersten Absatz des § 41 der bezeichneten Abänderung zu beziehen.

□ Frauen-Abtheilungen in den Eisenbahnen. Auf den preussischen Staats-Eisenbahnen wird, wie die Hoff. Ztg. hört, vom 1. März d. J. ab bei allen Personenwagen, welche regelmäßig mindestens zwei Wagen IV. Classe führen, stets eine Wagenabtheilung IV. Classe als Frauen-Abtheilung eingerichtet und als solche bezeichnet werden. Das Zug-Personal ist angewiesen, darauf zu achten, daß die Frauen-Abtheilung auf der ganzen, von dem betref. Zuge zu befahrenden Strecke beibehalten und nur von Frauen benutzt werde.

□ Verkauf eines Detailhändler wissenschaftl. Waare aus einer in seinem Laden offen aufgestellten, mit fremder Firma versehenen Standbüchse oder Dose, Schachtel u. s. w., wodurch dem kaufenden Publikum die Waare fälschlich als Fabrikat jener Firma erscheint, so macht sich nach einem Urtheil des Reichsgerichts der Händler dadurch einer Verletzung des Firmenschildes gemäß § 14 des Marken-Gesetzes schuldig.

□ Gegen israelitische Kinder dürfen, nach einer den Provinzialbehörden zugegangenen Verfügung, wegen Mißhandlung der Schule am Sabbath Schulschuldsummen nicht verhängt werden, wenn der Wunsch der Eltern bezüglich der Befreiung ihrer Kinder vom Schulbesuch zur Kenntniß der zuständigen Behörde gebracht ist.

□ Ex ehemalige päpstliche Soldaten. Im Auftrage eines höchstgestellten Officiers der ehemaligen päpstlichen Armee ergeht an alle Kameraden deutscher Nationalität die Bitte, nachbenannte Angaben ganz exakt und baldigst an den Unterzeichneten gelangen zu lassen:

Familiennamen, Vornamen, in welchem Regiment und in welcher Compagnie der Betreffende gedient hat, unter Angabe ferner der Nro. Matricola; welchen Grad er bekleidete, die Dauer der Dienstzeit; ob und welchen Wunden er beigemessen hat, ob er darin verwundet worden ist, ob er decorirt worden ist, die Angabe der Auszeichnungen; die jetzige Lebensstellung sowie den Wohnort.

S. Marzovati in München.

Die befreundeten Väter sind höflich gebeten, Obiges ehestens um Abdruck zu bringen.

(K) Herbt, 25. Febr. Heute hat man mit dem Abdruck des Kreuz'schen Festbuchs, einer Schenkung an das „Christliche Heim“, begonnen. Hoffentlich sehen wir damit die Bestrebungen des lobenswerthen Vereins der Vereinfachung näher gerückt.

* Düsseldorf-Chronik, 25. Febr. In unserer Stadt ist gegenwärtig viel falsches Geld in Umlauf. Im Laufe dieser Woche wurden falsche Stücke an vertheilten öffentlichen Stellen angehalten.

* Düren, 23. Febr. Zum Zwecke der Vertretung der Interessenten des Wäubenbaues hat sich hier ein Kreisverein der Rübenbauinteressenten gebildet.

* Bonn, 24. Febr. Das ehemalige kurfürstliche Schloss in Poppelsdorf, in welchem verschiedene naturwissenschaftliche Institute der Universität untergebracht sind, befindet sich seit geraumer Zeit in einem Zustande des Verfalls. Die Räume des Erdgeschosses sind theilweise vom Schwamm ergriffen, der darin untergebrachten Sammlungen zu schaden droht. Das unterirdische Kanalsystem, das nach aus künftiger Zeit kommt, muß gründlich in Stand gesetzt werden. Die Abdeckung des Fundaments, die Innenhöfe, alles leidet unter der Feuchtigkeit. In einigen Räumen hat sich die Balkende erhebliche gelockt. Es hängt wohl mit dem Verfall des Gebäudes zusammen, wenn jetzt endlich eine gründliche Reparatur des verfallenden Gebäudes eingeleitet wird. Nach dem Uebertrag, der schon gemacht ist, sollen 82,000 Mark erforderlich sein, welche in das Extraordinarium des neuen Etats eingestellt sind.

* Wahn, 23. Febr. Bei dem hiesigen Ackerer Joh. Schumacher dient als Wagn in seltener Treue nunmehr seit vierzig Jahren Anna Janen. Derselben ist die verdiente Auszeichnung höchsten Dries zu Theil geworden, indem ihr dieser Tage Seitens der Kaiserin ein kunstabl ausgefallenes Diplom nebst einem großen goldenen Kreuze überreicht wurde, worin die Worte eingegraben: „Vierzig Jahre treue Dienste“.

* Bochum, 24. Febr. In der Versammlung der Delegierten der Bergarbeiter zu Gelsenkirchen wurden alle bestehenden Differenzen ausgeglichen. Die Forderungen der Bergarbeiter werden in dieser Woche allen deutschen Bezen überreicht werden. Bis zum 20. März wird die Beantwortung derselben verlangt.

Stadtverordneten-Sitzung.

(Eigener Bericht.)

(Schluß.)

○ Neuß, 23. Febr. Nach der längeren Debatte über den Begehren erschien auf der Tagesordnung Punkt VI. Geht der Bewohner der Düsseldorfstraße um Anlage eines Freibrunnens.

Hierzu führt Vorsitzender aus, der Zustand der Straßenbumpen sei im allgemeinen ein mangelhafter, man habe nach angestellten Gemüthlichen Untersuchungen gefunden, daß ihr Wasser meist gesundheitschädlich sei und die Folge war notwendigerweise eine Schließung der öffentlichen Wasserpumpen. So verhalte es sich wohl auch mit der in Frage stehenden Pumpe an der Düsseldorfstraße. Die Interessenten haben ein Gesuch an die Stadt gerichtet, ihnen einen Freibrunnen der Wasserleitung an Stelle der jetzt geschlossenen Pumpe zu liefern. Sie erklären sich bereit, zu den ersten Herstellungskosten (etwa 200 M.) 50 M. beizusteuern, auch die Ueberwachung und spätere Reparaturen selbst zu übernehmen. Die Commission habe in ihrer letzten Sitzung nach eingehender Beratung beschlossen, das Gesuch zu befürworten, wenn die jetzige Pumpe nicht

wieder in Entscheidung Commission führen können, sehr geringe, eine einfluß von konnte, son sehr mangel Revision in nicht befäh Wasser genau zwei Typhus Stadt herbe Herr Thoms des H den, man u brunnen, die Häuser an aus sanitär Wasserwerks hier aber in dem ersten habe dieser der Pumpe Errichtung anzuschließen die dort lag die Kosten d müßten. Di öffentliche, je schloffen die Opfer zu d bereit, über die Reparatur eine so weite Herr Thoms den sich für d ja die alte und den Erbü möchte übrig auf eine ander Auch dort sei Wasser geliefer man in den le um einen Ein sei seiner Anst sei zu erwarten. Weiße gerade dort, wo alle wobel der Br kommt. Hier geboten, er m brunnen zu er Herr Thoms den Anwohner ein Gesuch u er habe es nod Versammlung i ja gleich heute Tagesordnung Collegium sein Herr Thoms um Freibrunnen entgegennehmen heitige Lage me Herr Thoms auch andere Pa dieserhalb m d gefest, es liege eine chemische U Tage. Herr Werch eines Freibrunn einzuhandeln. Einwohner ein r errichtet werde, daß man auch d Straße von dem stelle deshalb den der Stadt Freibrunnen abgeben, die derselben aber nern zur Pflicht wie im vorliegen der Stadt gegenü Einrichtung würd vor Freibrunnung Herr Thoms Errichtung auf d allgemeines Inter tes getränkt wer hier um die älteste crier, deren Kiste nen gewiß noch a Fremad findet, d Reparatur überne Herr Thoms Bergbau an, den die 50 M. zu er Wiebmarkt sei ein könne sich ja von sprechen geben laß Bewachung ausfö Herr Bürger sprechen habe vom keinen Werth, da nicht erzwingen kö deshalb die Costun Herr Werch legenheit betref be beantragen zu soll dem Wiebmarkt p pflichtig überneh Anwohner der D Herr Thoms bei der Dringlichk worauf Hr. Wlad zurückgeht. Nachd Hofstein sich für Mark erklärt, erbie der Haftung die Die Stadtveror Anlage eines Freibrun auf dem Wieb wachung des Freibrun liegt den Antragstei Hermanns ob. Nachdem man je res Plauderhändch öffentlichen Punkte VII. Project drückstraße 2.

